

Schliwski | Geschichte des Staates Israel

Reclam Sachbuch premium

Carsten Schliwski
Geschichte des Staates Israel

Reclam

Meiner Liebsten Manuela Heller gewidmet.

5., aktualisierte und erweiterte Auflage

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 19561

2012, 2023 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Umschlagabbildung: Lior Patel / Alamy Stock Photo

Kartenzeichnung: Inka Grebner

Druck und Bindung: Esser printSolutions GmbH,

Untere Sonnenstraße 5, 84030 Ergolding

Printed in Germany 2023

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-019561-1

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

Vorwort 9

Vorgeschichte I: Zionssehnsucht und Zionismus
bis zur britischen Eroberung Palästinas 1917 13

Epochenüberblick 13

Die Anfänge 14

Theodor Herzl und der politische Zionismus 19

Der Zionismus nach Herzl 27

Die Anfänge der jüdischen Besiedlung Palästinas
bis zum Ersten Weltkrieg 28

Palästina und der Zionismus im Ersten Weltkrieg 32

Vorgeschichte II: Von der *Jewish Agency*
zum jüdischen Staat (1917–1948) 37

Epochenüberblick 37

Konsolidierung des jüdischen Anspruchs auf
Palästina 38

Die unterschiedlichen Richtungen des Zionismus 43

Die arabische Bevölkerung Palästinas 48

Die Folgen des arabischen Aufstands 52

Die ersten drei Jahrzehnte (1948–1977) 61

Epochenüberblick 61

Der Unabhängigkeitskrieg und der Aufbau
des neuen Staates 62

Die erste Ära Ben-Gurion 69

Die Amtszeit Mosche Scharett	73
Die zweite Ära Ben-Gurion und der Suez-Krieg	77
Die Beziehungen zu Deutschland und die Folgen der Lavon-Affäre	82
Israel unter Levi Eschkol	85
Der Sechstage-Krieg und seine Folgen	91
Die Amtszeit Golda Meirs	98
Der Jom-Kippur-Krieg und seine Folgen	101
Vor dem Machtwechsel: Jitzchak Rabin als Ministerpräsident	103
Innen- und außenpolitische Umbrüche (1977–1992)	109
Epochenüberblick	109
Regierungswechsel	110
Frieden mit Ägypten	117
Neue Kraftprobe mit der PLO	120
Die Wahlen von 1981	121
Der Libanon-Krieg	123
Die Wahlen von 1984 und ihre Folgen	129
Die Erste Intifada	132
Demographische Veränderungen: die Russen	135
Der Zweite Golfkrieg und seine Folgen für Israel	138
Auf dem Weg zum Frieden? (1992–2023)	141
Epochenüberblick	141
Das Oslo-Abkommen	142
Unsicherheiten im Inneren und im Äußeren	145
Israel unter Benjamin Netanjahu	149

Ehud Baraks Fortsetzung des Friedensprozesses	152
Die Zweite Intifada	155
Neue Entwicklungen	162
Die Amtszeit Ehud Olmerts	163
Die zweite Regierungszeit Netanjahus	169

Ausblick: Die Fragen der Zukunft 197

Literaturhinweise	202
Verzeichnis der Karten	207
Personen- und Ortsregister	208

Vorwort

Eine *Geschichte des Staates Israel* zu schreiben ist kein ganz einfaches Unterfangen.

Israel ist ein Teil des Nahen Ostens und ein wichtiger Akteur innerhalb des Nahostkonflikts, manche gehen sogar so weit, zu behaupten, dass es ohne Israel keinen Nahostkonflikt gäbe. Auch wenn das übertrieben erscheint – schließlich zeichnen sich die arabischen Staaten dadurch aus, dass sie sowohl im Inneren als auch miteinander eine Reihe von Konflikten austrugen und weiterhin austragen –, kann man doch vermuten, dass das westliche Interesse am Nahen Osten durch die Beteiligung des jüdischen Staates um einiges größer ist, als wenn Israel nicht existieren würde.

Zu diesem gesteigerten Interesse, das sich in Europa und gerade auch in Deutschland durch die Präsenz entsprechender Berichterstattung in den Medien zeigt, kommt noch ein weiteres Phänomen hinzu, nämlich die Tendenz, die dortigen Ereignisse zu bewerten: Gerade im Hinblick auf aktuelle Geschehen besteht oft das Bedürfnis, Partei zu ergreifen, eine Entscheidung zu kritisieren oder zu befürworten. Ein neutraler Standpunkt erscheint dabei als geradezu unerreikbaar.

Eine Erklärung für dieses Interesse in Deutschland dürfte darin zu suchen sein, dass die Geschichte der Juden im zwanzigsten Jahrhundert und damit auch die Geschichte des Staates Israel untrennbar mit der deutschen Geschichte verknüpft sind: Zwar würde die Behauptung, dass der Staat Israel ausschließlich eine Folge der Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland

sei, zu weit gehen, allerdings hat die Schoah seine Gründung erheblich beschleunigt. Dadurch ist eine neutrale Betrachtung Israels für viele Deutsche nicht möglich: Entweder drücken sie ihre Sympathie dafür aus, dass es nach der von den Deutschen verschuldeten Katastrophe den Juden gelungen ist, ein funktionierendes Staatswesen zu begründen und zu bewahren, oder aber sie werfen dem Staat Israel und den Staaten, die ihn unterstützen, vor, dass zur Begleichung der Schuld an den Juden ein weiteres Unrecht an den Palästinensern begangen worden sei. Diese Haltung kann bis zur Negierung des Existenzrechts Israels reichen.

Natürlich nimmt der Autor dieser *Geschichte des Staates Israel* für sich in Anspruch, sie im Geiste größtmöglicher Neutralität geschrieben zu haben. Ob ihm das immer gelungen ist, mag der Leser beurteilen. Zu dieser Frage der Neutralität gehört selbstverständlich auch die der Gewichtung und vollständigen Behandlung von Ereignissen und Fakten. Im Rahmen einer kurzen Darstellung wird eine solche Vollständigkeit nicht zu erreichen sein, trotzdem hofft der Autor, allen entscheidenden Sachverhalten ihrer Bedeutung entsprechend Rechnung getragen zu haben.

Dabei ist das Buch vor allem als politische Geschichte konzipiert, deren Darstellung in chronologischer Anordnung erfolgt. Das heißt jedoch nicht, dass es nicht auch Teile gibt, die bestimmten Ereignissen vorgreifen oder vorherige Ereignisse in einem späteren Kontext schildern.

Die *Geschichte des Staates Israel* ist in fünf Teile gegliedert, die eine Rahmenstruktur vorgeben: Die ersten beiden Teile behandeln die Vorgeschichte, nämlich die Entwicklung des Zionismus als Ideologie des jüdischen Nationalismus und den Weg zum Staat Israel nach dem Ersten Welt-

krieg. Der dritte Teil behandelt den Zeitraum der ersten drei Jahrzehnte des Staates Israel, der politisch von den sozialistisch-zionistischen Parteien dominiert ist. Der vierte Teil umfasst den Zeitraum zwischen 1977 und 1992, der anfangs vom bürgerlich-konservativen Lager geprägt wird, sich aber in der zweiten Hälfte dadurch auszeichnet, dass keine politische Kraft über die eindeutige Dominanz verfügt. Der letzte Teil behandelt die Zeit von 1992 bis 2023, die von Erfolgen und Misserfolgen im Versuch, mit den Palästinensern zu einer friedlichen Einigung zu kommen, geprägt ist. Freilich können viele Geschehnisse der vergangenen Jahre noch nicht endgültig bewertet werden. Nachdem es Netanjahu am Ende des Jahres 2022 erneut gelungen war, eine Regierung zu bilden, die sich ausschließlich aus Parteien des rechten Spektrums zusammensetzte, überstürzten sich die Ereignisse ab dem 7. Oktober 2023, dem Tag, an dem über tausend Terroristen der *Hamas* den Süden Israels überfielen und eine erneute Eskalation des Konfliktes bewirkten, wobei die Kämpfe zum Zeitpunkt der Abfassung der 5. Auflage (Ende Oktober 2023) noch andauern. Abschließend sollen in einem Ausblick mögliche Entwicklungen und grundsätzliche aktuelle Fragen kurz angerissen werden.

Namen und Begriffe wurden weitgehend den deutschen Gepflogenheiten angepasst, um eine möglichst unkomplizierte Aussprache zu ermöglichen.

Israel und besetzte Gebiete



- Palästinensische Gebiete und Golan
- UNIFIL
- UNDOF
- Internationale Grenzen
- israelische Bezirksgrenzen
- Waffenstillstandslinie
- Grenze des früheren Palästinensischen Autonomiegebietes

Vorgeschichte I: Zionssehnsucht und Zionismus bis zur britischen Eroberung Palästinas 1917

Epochenüberblick

Im ersten Kapitel sollen die Bezüge des Judentums zum Land Israel aufgezeigt werden, die aufgrund der Diasporasituation immer aufrechterhalten wurden. Dabei waren es zunächst weniger politische Vorstellungen als eher religiös ausgerichtete Sehnsüchte nach dem Gelobten Land, die diese Verbindung wahrten.

Erst mit dem Aufkommen nationaler Bewegungen in der westlichen Welt hielt auch das Konzept eines jüdischen Volkes als Nation und die Berechtigung einer nationalen Heimstätte Einzug in das jüdische Denken. Der wichtigste Vertreter dieses Konzepts ist Theodor Herzl, der zwar nicht der erste Verfechter einer jüdischen Staatlichkeit war, dem es aber zum ersten Mal gelang, die Aufmerksamkeit der jüdischen Welt auf solche Pläne zu lenken. Damit startete er ein Projekt, das innerhalb von fünfzig Jahren zur Gründung des Staates Israel führen sollte.

Die zionistische Bewegung musste sich noch zu Lebzeiten Herzls großen Herausforderungen stellen und sah sich nach dessen Tod einer Spaltung über die Frage, ob ein jüdischer Staat nur im »Heiligen Land« oder auch an einem anderen Ort gegründet werden könne, ausgesetzt.

Mit den 1882 beginnenden Einwanderungswellen nach Palästina legten Juden den Grundstein für die Errichtung eines eigenen Staates auf diesem Gebiet und untermauerten zugleich den Anspruch auf das Land ihrer Vorväter.

Dieser Anspruch wurde 1917 von der britischen Regierung offiziell anerkannt, so dass einer weiteren Besiedelung Palästinas und einer Etablierung einer jüdischen Heimstätte nichts im Wege zu stehen schien.

Die Anfänge

70 n. Chr.	Zerstörung des Zweiten Tempels
ca. 1075–1141	Juda Halevi
1862	Moses Hess, <i>Rom und Jerusalem</i>
1881–1903	Erste Alijah
1882	Leon Pinsker, <i>Auto-Emancipation</i>
1881/82	Entstehung der Chibbat-Zion-Bewegung
1882	Gründung von Rischon le-Zion

Seitdem der Tempel von Jerusalem nicht mehr existiert und seitdem es Juden in der ganzen Welt gibt, besteht ihre Sehnsucht nach einer Rückkehr ins »Heilige Land«: In der Liturgie zum Sabbat wird darum gebetet, dass Gott Jerusalem wieder aufbaue, und zum Pessachfest wird folgender Segen über die Mazzot gesprochen: »Dies ist das Brot der Armut, das unsere Väter im Lande Ägypten aßen. Jeder, der hungrig ist, komme und esse, jeder, der bedürftig ist, komme und feiere. Dieses Jahr hier, nächstes Jahr im Land Israel, dieses Jahr Knechte, nächstes Jahr frei.« Ebenfalls zum Pessach gehört der Wunsch, das Fest »nächstes Jahr in Jerusalem« begehen zu können. Diese Sehnsucht stellt kein politisches Programm dar, sondern gehört in den Bereich der messianischen Hoffnungen: Es wird erwartet, dass eines Tages der Messias kommen wird, um die alte Größe Israels wiederherzustellen.

Ebenfalls religiöser Natur waren die *Zionslieder*, die Juda

Halevi im 12. Jahrhundert verfasst hat, und die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Wanderungen frommer Juden ins Heilige Land: Auch sie hatten keinen politischen Charakter, sondern dienten der Erfüllung spiritueller Hoffnungen.

Die politische Hoffnung auf eine Heimstatt der Juden oder sogar auf einen jüdischen Nationalstaat kam erst im 19. Jahrhundert auf. Dabei waren vor allem zwei Faktoren ausschlaggebend:

Zum einen entstanden als Folge eines allgemeinen Anwachsens antisemitischer Ressentiments zwischen den sechziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts Forderungen nach einem jüdischen Siedlungsgebiet, in dem Menschen jüdischen Glaubens ohne Angst leben sollten. Dieses war die Folgerung aus der enttäuschten Hoffnung, Aufklärung und Emanzipation der Juden könnten zu einer gleichberechtigten Existenz von Juden und Nichtjuden in einem Staat führen.

Zum anderen verfehlten auch die nationalen Einigungsbewegungen in Deutschland und Italien und das Erwachen nationalen Denkens in Osteuropa ihre Wirkung auf die Juden nicht und führten zu einem jüdischen Nationalismus. Man wurde sich wieder mehr des eigenen Erbes bewusst und weigerte sich, dieses Erbe, verkörpert durch die hebräische Sprache und die jüdische Religion, aufzugeben, um länger der trägerischen Hoffnung einer Akzeptanz der Umwelt durch Anpassung an sie anzuhängen.

Ziel dieser neu entstandenen jüdischen Nationalbewegung war es, eine Nation wie jede andere zu sein, was zu einer dialektischen Spannung führte: Zum einen sollte diese Nation aus der eigenen Vergangenheit und Kultur schöp-

fen, zum anderen sollten die Unterschiede zu den anderen Nationen eingeebnet werden.

Geographisch konzentrierte sich die Sehnsucht nach einer jüdischen Nation recht schnell auf Palästina, das damals zum Osmanischen Reich gehörte. Die innere Schwäche dieses Reiches seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – man sprach gerne vom »kranken Mann am Bosphorus« –, die noch durch territoriale Verluste auf dem Balkan verstärkt wurde, weckte bei den europäischen Großmächten das Interesse an seiner Aufteilung, aber auch die Sorge, was nach seinem Ende kommen könnte. So überlegten britische Politiker, ob nicht die Schaffung eines jüdischen Staates als Puffer zwischen dem Kern des Osmanischen Reichs, also der Türkei, und dem von Großbritannien beherrschten Ägypten wünschenswert sei. Der Grund dafür lag in der Annahme, dass ein solcher Staat aufgrund mangelnder politischer Beziehungen zu dieser Region ein neutrales Gebilde wäre.

Bereits in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts forderte Mordecai Manuel Noah (1785–1851), der sich zunächst für einen jüdischen Staat in der Nähe von New York ausgesprochen hatte, eine Staatsgründung in Palästina. Die beiden Rabbiner Zwi Hirsch Kalischer (1795–1874, in Thorn wirkend) und Jehuda Chai Alkalai (1798–1878, in Semlin, heute zu Belgrad gehörend, tätig) hofften, mit der Rückkehr ins Heilige Land die messianische Zeit und die Erlösung des Volkes Israel einzuleiten. Dasselbe schrieb David Gordon (1831–1886) in *Hamaggid*, einer hebräischen Zeitschrift aus Lyck, die sich vor allem an die jüdischen Aufklärer in Russland wandte. Ziel dieser Aufklärer war einerseits die Erziehung des jüdischen Volkes zur eigenen Hochkul-

tur, ausgedrückt durch die Verwendung der hebräischen statt der jiddischen Sprache, andererseits eine Öffnung zur Umgebungskultur. In den sechziger Jahren gründete Chaim Lorje (1821–1878) in Frankfurt an der Oder eine Gesellschaft für die Ansiedlung in Palästina.

Der Sozialist Moses Hess (1812–1875) äußerte 1862 in seinem Werk *Rom und Jerusalem* die Hoffnung, einen jüdischen Staat mit der Hilfe Frankreichs errichten zu können, der dann als ethisches und moralisches Vorbild für alle Völker dienen sollte. Dabei verband Hess die Idee eines jüdischen Staates mit der Einigung Italiens, indem er postulierte, dass nach der Gründung des italienischen Königreichs nur noch die nationale Frage der Juden ungelöst und insofern der Moment gekommen sei, diese Frage anzugehen. Bei den deutschen Juden stieß Hess mit seiner Idee eher auf Nichtbeachtung oder sogar auf Ablehnung, da sie eine Abkehr vom Konzept der Assimilation darstellte, das zu diesem Zeitpunkt vorherrschend war. Dieses Konzept ging von der Möglichkeit einer politischen und gesellschaftlichen Teilhabe aus, wenn die Religion zur reinen Privatsache würde. Dagegen zeigte sich der Historiker Heinrich Graetz (1817–1891) begeistert. Erst später sollten die Begründer des Zionismus *Rom und Jerusalem* würdigen.

Zur selben Zeit schrieb der hebräische Autor Perez Smolenskin (1840/42–1885) in seiner Zeitschrift *Haschachar*, die in Wien erschien und sich ebenfalls an die russischen Aufklärer wandte, über die geistigen Grundlagen des jüdischen Nationalismus.

In derselben Zeitschrift erschien in den 1870er Jahren ein Artikel von Elieser Ben-Jehuda (1858–1922, ursprünglich: Elieser Jitzchak Perelman), in dem Palästina als geistiges

Zentrum für die nationale Wiedergeburt propagiert wurde. Mit dieser Wiedergeburt verknüpfte nicht zuletzt Ben-Jehuda eine Wiederbelebung der hebräischen Sprache, die er an die Bedürfnisse des modernen Lebens anpassen wollte, ohne die alten Wurzeln zu vernachlässigen. Dazu begann er mit der Arbeit am ersten modernen Wörterbuch des Hebräischen, das in Zukunft nicht nur als religiöse Sprache, sondern als Mittel der täglichen Kommunikation dienen sollte. Ben-Jehuda schuf neue Ausdrücke oder schenkte alten Begriffen eine neue Bedeutung. In diesem Bemühen war Ben-Jehuda so erfolgreich, dass man ihn heute als den Vater der modernen hebräischen Sprache betrachtet.

Nach den russischen Pogromen infolge der Ermordung des Zaren Alexander II. im Jahr 1881 ließen auch dort viele Juden die Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch eine fortgeschrittene Emanzipation und Assimilation fahren. Dieser Stimmung verlieh der Arzt Leon Pinsker (1821–1891) aus Odessa mit seiner auf Deutsch verfassten und in Berlin veröffentlichten Schrift *Auto-Emancipation* aus dem Jahr 1882 deutlich Ausdruck. Für ihn lag der Ausweg aus der Misere des Antisemitismus außerhalb Europas, in Argentinien oder Palästina, wo Juden sich in einem eigenen Gemeinwesen organisieren sollten. Pinsker wurde mit dieser Idee zu einer der führenden Persönlichkeiten der *Chibbat-Zion*-Bewegung, der er 1883 beigetreten war. Mit Hilfe der Förderung durch finanzkräftige Mäzene sollten jüdische Niederlassungen in Argentinien, aber vor allem auch in Palästina errichtet werden. Damit begann die *Chibbat-Zion*-Bewegung bereits vor Herzl mit Maßnahmen, die später den Zionismus prägen sollten, allerdings fehlte ihr der politisch-

ideologische Überbau, der den späteren politischen Zionismus mit der Vision eines jüdischen Staates ausmachte.

Eine andere Richtung war der Kulturzionismus, der vor allem durch die Konzepte eines Achad Ha'am (1856–1927, eigentlich Ascher Hirsch Ginsberg) seine endgültige Formung erhalten sollte. Ideologischer Kern des Kulturzionismus war die Idee, Palästina als geistiges Zentrum zu etablieren, das zur Erneuerung des Judentums in der Diaspora führen sollte. Es ging also weniger darum, alle Juden in Palästina zu versammeln, um dort einen eigenen Staat zu gründen, als vielmehr darum, ein Gemeinwesen zu schaffen, das sowohl Zufluchtsstätte als auch Inspiration für ein neues jüdisches Selbstbewusstsein sein sollte, fern von Versuchen der Assimilation. Zugleich war sich Achad Ha'am bewusst, dass seine Ideen mit den Interessen der arabischen Einwohnerschaft Palästinas, die er durchaus zur Kenntnis nahm, kollidieren konnten.

Theodor Herzl und der politische Zionismus

1860–1904	Theodor Herzl
1896	Theodor Herzl, <i>Der Judenstaat</i>
1897	Erster Zionistischer Kongress Gründung der <i>Zionistischen Weltorganisation</i>
1901	Fünfter Zionistischer Kongress

Als Begründer des politischen Zionismus im Unterschied zum Kulturzionismus eines Achad Ha'am gilt Theodor Herzl (1860–1904). Herzl ist in Budapest geboren und aufgewachsen, zog jedoch 1878 mit seinen Eltern nach Wien. Er entstammte einer assimilierten jüdischen Familie und

hatte nach eigenen Angaben keine allzu umfangreichen Kenntnisse der jüdischen Religion. So hatten sich seine Eltern geweigert, seine Bar-Mitzwa-Zeremonie in der Synagoge zu veranstalten. Theodor Herzl selbst ließ später seinen Sohn nicht beschneiden. Der Umzug der Familie nach Wien erfolgte, um der immer stärker werdenden Magyarisierung des ungarischen Teiles der Habsburger-Monarchie zu entkommen, da sie sich selbst als zur deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe zugehörig betrachtete. Damit stand sie im Gegensatz zu den meisten assimilierten Juden im ungarischen Reichsteil, die mit der Magyarisierung durchaus sympathisierten.

Bereits in Budapest hatte sich Theodor Herzl mit antisemitischen Erscheinungen konfrontiert gesehen, allerdings sollten sie ihn in Wien in einem weitaus größeren Maße betreffen: Nachdem Herzl 1878 ein Jurastudium aufgenommen hatte, war er der deutschgesinnten Burschenschaft Albia beigetreten. Ab 1881 weigerte sich diese Burschenschaft, weitere Juden in ihre Reihen aufzunehmen, und als sie sich zwei Jahre später offen zum Antisemitismus bekannte, verließ Herzl sie wieder. Zur selben Zeit gelang es den antisemitisch ausgerichteten Parteien, immer größere Wahlerfolge in Wien zu erzielen, wobei besonders die Christlichsoziale Partei und ihr Gründer Karl Lueger, der von 1897 bis 1910 das Amt des Wiener Bürgermeisters innehatte, zu erwähnen sind.

Nach seinem Studium arbeitete Herzl als Journalist und Schriftsteller. Sein 1894 erschienenes Drama *Das Neue Ghetto* greift die Assimilation der Juden an und übt heftige Kritik an der bürgerlichen jüdischen Gesellschaft. Einen Lösungsvorschlag für die schwierige Situation, in der sich

die Wiener Juden aufgrund der antisemitischen Störungen befanden, hatte er bereits ein Jahr zuvor formuliert: Er überlegte, ob nicht ein Massenübertritt zum Katholizismus das Problem beheben könne, musste aber erkennen, dass der rassistisch fundierte Antisemitismus damit nicht beseitigt werden würde.

Einen anderen Weg entwickelte Herzl unter dem Eindruck der Dreyfus-Affäre seit 1894, in der der jüdische Offizier des französischen Generalstabs, Alfred Dreyfus, der Spionage bezichtigt worden war. Herzl, der sich seit 1891 als Korrespondent der *Wiener Neuen Freien Presse* in Paris aufhielt, erlebte die Affäre unmittelbar mit und berichtete darüber, wobei er schon 1892 den französischen Antisemitismus thematisiert hatte. Die Dreyfus-Affäre bestärkte ihn in seiner Sicht, dass die Assimilation gescheitert sei. Im Mai und Juni 1895 versuchte er, den Philanthropen Baron Maurice de Hirsch, der bereits Ansiedlungsprojekte für Juden außerhalb Europas, vor allem in Argentinien, förderte, von der Idee eines jüdischen Staates zu überzeugen. Da er bei ihm keinen Erfolg hatte, wollte Herzl sich an den Baron Rothschild wenden, war aber wiederum erfolglos; diesmal war es ihm noch nicht einmal gelungen, einen persönlichen Kontakt herzustellen. So veröffentlichte er im Jahr 1896 eine Rede, die an Baron Edmond James de Rothschild gerichtet war, unter dem Titel *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*. In dieser Schrift machte er konkrete Vorschläge, wie ein solcher Staat, vorzugsweise in Palästina, zu errichten sei.

Dabei stellte sich Herzl vor, dass ein Volk ohne Land in ein Land ohne Volk käme, das heißt, er ignorierte die Tatsache, dass Palästina bereits von Arabern bewohnt wurde.

Darin zeigte sich seine typisch europäische Geisteshaltung: Im Zeitalter des Kolonialismus erschien ihm wohl die Vorstellung absurd, man müsse auf die Ansprüche einer alteingesessenen Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Die Gründung eines jüdischen Gemeinwesens sollte nicht mit Hilfe der in Palästina ansässigen Bevölkerung erfolgen, sondern durch die Unterstützung der osmanischen Herrscher und der europäischen Großmächte. Für Herzl war es selbstverständlich, dass eine Staatsgründung von oben erfolgen müsse. Die bereits vorhandene und später hinzukommende Bevölkerung hatte lediglich die Aufgabe, sich mit den neuen Gegebenheiten zu arrangieren.

Trotzdem schwebte ihm ein tolerantes Gesellschaftssystem vor, in dem alle Bewohner, Juden und Nichtjuden, ohne Unterdrückung zusammenleben sollten. Herzl setzte auf den Fortschritt, den seiner Meinung nach die massenhafte Ansiedlung europäischer Juden in das Land bringen würde. Mit der Europäisierung Palästinas ginge auch ein Anstieg des materiellen und des geistigen Wohlstands der autochthonen Bevölkerung einher, und dieser positive Effekt würde sie von der Berechtigung eines jüdischen Gemeinwesens überzeugen und dazu führen, dass sie selbst zu einem gleichberechtigten Teil dieses Gemeinwesens würden.

Zum Problem der jüdischen Existenz in Europa heißt es in *Der Judenstaat*:

»Die Judenfrage besteht. Es wäre töricht, sie zu leugnen. Sie ist ein verschlepptes Stück Mittelalter, mit dem die Kulturvölker auch heute beim besten Willen noch nicht fertig werden konnten. [...] Ich halte die Judenfrage we-

der für eine soziale, noch für eine religiöse, wenn sie sich auch noch so und anders färbt. Sie ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu regeln sein wird.«

»Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man lässt es nicht zu. [...] In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge ausgeschrien, oft von solchen, deren Geschlechter noch nicht im Lande waren, als unsere Väter da schon seufzten. Wer der Fremde im Lande ist, das kann die Mehrheit entscheiden; es ist eine Machtfrage, wie alles im Völkerverkehre.« (Theodor Herzl, *Der Judenstaat*, 6. Aufl., Köln o. J., S. 9 f. und 26 f.)

Herzls *Judenstaat* wurde unterschiedlich aufgenommen. Gerade in Deutschland und Österreich-Ungarn stieß er auf heftige Kritik, da er den Antisemiten Munition im Kampf gegen die jüdische Präsenz in Europa liefere und somit die Erfolge der Emanzipation und Assimilation gefährde. Diese Kritik führte dazu, dass Herzl seinen Plan, in München einen Kongress über seine Ideen abzuhalten, aufgab und nach Basel auswich. Dort fand dann im August und September 1897 der Erste Zionistische Kongress statt. Es erschienen über 200 Delegierte, die zwar nicht die Wirtschafts- und Bildungselite des Judentums repräsentierten, aber doch aus den gehobenen Schichten stammten. Am Ende des Kongresses stand das Baseler Programm:

»Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zieles nimmt der Kongreß folgende Mittel in Aussicht:

1. Die zweckdienliche Förderung der Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden.
2. Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landesgesetzen.
3. Die Stärkung des jüdischen Volksgefühls und Volksbewußtseins.
4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen.«

(Zit. nach: Arno Ullmann, Hrsg., *Israels Weg zum Staat. Von Zion zur parlamentarischen Demokratie*, München 1964, S. 127f.)

Diese vagen Beschlüsse stießen in der jüdischen Welt nicht nur auf Zustimmung. Gerade die Idee, die Großmächte für die jüdische Sache zu gewinnen, wurde heftig kritisiert, da viele Juden befürchteten, sich so von diesen Großmächten abhängig zu machen. Dazu kam, dass die Absicht, die Großmächte für sich zu gewinnen, dazu führte, dass sich gerade die Juden Osteuropas daran gehindert sahen, notwendige Verbesserungen ihrer Situation zu fordern, da eine solche Forderung die Ablehnung des Zionismus durch die Regierenden verursachen könnte. Auch die Tatsache, dass Herzl sich so gut wie gar nicht um die jüdische Kultur und die damit verbundene Frage ihrer Erhaltung kümmerte, stieß auf Kritik.

Der Gedanke, sich mit den Großmächten allgemein bezüglich eines jüdischen Gemeinwesens abzustimmen, offenbar auch die allgemeinen europäisch geprägten Vorstellungen, die die ersten Zionisten vertraten. Sie gingen wohl davon aus, dass die europäischen Mächte als Paten genug Druck auf die osmanischen Behörden ausüben würden, um eine Besiedlung zuzulassen. Vorbild dafür könnten die Kapitulationen sein, verschiedene Abkommen, die die europäischen Mächte im 18. und 19. Jahrhundert mit dem Osmanischen Reich abgeschlossen hatten, um ihre Staatsbürger, aber auch christliche Gruppierungen unter ihren Schutz zu stellen. Von diesen Kapitulationen profitierten bereits die Juden, die vor dem Kongress nach Palästina eingewandert waren, da sie in der Regel ihre Staatsbürgerschaft behalten hatten.

So kam es dazu, dass sich auf dem Fünften Zionistenkongress 1901 eine Oppositionsgruppe unter dem Namen *Demokratische Fraktion* bildete. Ihr gehörten Leute wie Chaim Weizmann (1874–1952, später der erste Staatspräsident Israels) und Martin Buber (1878–1965) an. Diese Gruppe forderte eine stärkere Berücksichtigung der jüdischen Religion und Kultur im Rahmen der zionistischen Aktivitäten und setzte sich zudem für eine Demokratisierung des Kongresses und der Institutionen ein. Zugleich äußerte sie sich kritisch zur Rolle der orthodoxen Juden in der zionistischen Bewegung, da ihre Aktivität zulasten anderer Richtungen der jüdischen Religion ginge. Es wurde schließlich ein Kompromiss erzielt, der zur Gründung von Kulturkomitees führte. Eine weitere Folge des Fünften Zionistenkongresses war, dass sich die orthodoxen Juden, die als Gegner der *Demokratischen Fraktion* auftraten, im Jahr